

Andrés Schmidt

„Radikal global“ bleibt der richtige Ausgangspunkt
Internationalismus ist wichtiger denn je, über dessen
Inhalte muss aber dringend diskutiert werden
(Debatte)

Jeder Aktivismus fußt auf einer Analyse. Als ich in den 1980er Jahren in diese Welt hineinwuchs, brauchte es nicht lange, bis mir klar wurde, dass die wesentlichen Probleme dieser Welt nur durch eine Überwindung des Kapitalismus zu lösen sein würden und dass der Impuls dazu eher in den Gegenden der Welt entstehen würde, denen der Reichtum weggenommen wird, als dort, wo er landet.

Der vorliegende Beitrag fasst die Zweifel und das Umdenken zusammen, das mich seit einigen Jahren beschäftigt, nachdem ich für Jahrzehnte in der Solidaritätsarbeit mit linken Bewegungen in Mittelamerika und Mexiko aktiv war – mit dem Fokus auf Antikapitalismus. Ein wichtiger Bezug war für mich die *Bundeskoordination Internationalismus* (BUKO), in deren Rahmen auch diese Überlegungen entstanden sind. Sie stellen aber mitnichten einen Konsens in der BUKO dar.

Während der Zeitspanne meines politischen Mitdenkens und Agierens haben sich naturgemäß Veränderungen ergeben: auf Seiten der Bewegungen hier, bei unseren Partner*innen im Globalen Süden und auch bei den globalen Machtverhältnissen. Diese Veränderungen sollten aus meiner Sicht stärkere Implikationen auf die Strategie und Praxis heutiger internationalistischer Projekte und Bewegungen haben. Ich wage die Behauptung, dass die aktuelle Existenzkrise der BUKO weniger mit einem gesunkenen Bedarf an Internationalismus als mit dessen Ausrichtung zu tun hat. Ganz vereinfacht: Trägt die Nord-Süd-Einteilung der Welt noch als Ausgangspunkt eines globalen linken Politikverständnisses? Ist es noch statthaft und zielführend, das Heil in der Überwindung des Kapitalismus zu verorten; wenn ja, an welchen Punkten? Und welche konkreten Probleme müssen gelöst werden? Diesen Fragen möchte ich in einigen Schritten nachgehen und am Schluss einige Antworten formulieren.

Um einer allzu schnellen Beurteilung zuvorzukommen: Es geht hier nicht darum, Apologet*innen des Kapitalismus das Wort zu reden und das „Ende der Geschichte“ einzuläuten. Es geht um eine Überprüfung internationalistischer Praktiken auf ihre Fähigkeit, Probleme der Menschheit zu lösen, darum, herauszufinden, welche Aufgaben internationalistische Politik heute hat.

Veränderungen in der internationalistischen Bewegung

Zur Zeit der Gründung der BUKO in den 1970er Jahren gruppierte sich die Praxis internationalistischer Bewegungen um das Herrschaftsverhältnis Nord-Süd. Bewegungen in zahlreichen Staaten des *Trikont*, beispielsweise in Chile, Vietnam und später Nicaragua, wurden aus dem „Herzen der Bestie“ unterstützt – nicht zuletzt mit der Hoffnung, dass sich aus den lokalen Kernen von Befreiung im ausgebeuteten Süden eine Überwindung des Kapitalismus weltweit entwickeln könnte. Damit verband sich eine Skandalisierung des kapitalistischen Modells im Globalen Norden, das hierzulande als „Demokratie und Soziale Marktwirtschaft“ legitimiert wurde, das aber seine Interessen an zahllosen Schauplätzen der Welt mit Kriegen und Putschen blutig durchsetzte.

Auch heute gibt es Bereiche internationalistischer Solidaritätsarbeit, die sich in dieser Logik verorten lassen. Soweit ich das überblicke, gilt das besonders für die Bewegungen in Rojava und Chiapas, in denen erfolgreich alternative Gesellschaftsmodelle entwickelt und gelebt werden. Dabei fällt auf, dass sowohl die Bewegungen dort als auch die jeweiligen Solidaritätsgruppen hier einiges aus den Erfahrungen ihrer Vorgängerinnen gelernt haben.

Die meisten Projekte internationalistischer Aktivist*innen im Umfeld der BUKO funktionieren heute jedoch nach einem anderen Modell. Es zeigen sich folgende Tendenzen:

1. von der Konzentration auf einen Staat („Solidarität mit dem Befreiungskampf in XY“) zu der Konzentration auf ein Thema („Ein-Punkt-Bewegung“);
2. von der Zielvorstellung einer revolutionären Umwälzung einer Gesellschaft hin zur Konzentration auf Verschiebungen von Machtverhältnissen zugunsten marginalisierter Gruppen.

Veränderungen bei unseren Partner*innen weltweit

Ähnliches erkennen wir bei unseren Partner*innen im Globalen Süden. Die Option, etwa im Wege einer Guerilla eine revolutionäre Umwälzung herbei zu führen, besteht nur noch in den wenigsten Staaten. Die Hoffnungen linker

Bewegungen richten sich dort eher auf Demokratisierungs- und Umverteilungsprojekte unter Beibehaltung des kapitalistischen Wirtschaftssystems. Das dürfte ganz konkrete Gründe haben:

1. Die zu erwartende außenpolitische Konfrontation und Bedrohungen durch die hegemonialen Mächte – auf militärischem, ökonomischem, politischem oder geheimdienstlichem Weg – bedeuten nach wie vor eine enorme gesellschaftliche Belastung.
2. Die Bilanz der bisherigen Versuche revolutionärer Umwälzungen ist schlecht:
 - Gesellschaftsalternativen jenseits des Kapitalismus haben bisher eher zu mehr statt weniger Repressivität geführt. Beispiele für demokratisch gewählte, nicht kapitalistische Staatsprojekte lassen sich kaum finden – die erste sandinistische Regierung wurde 1990 abgewählt. Warum revolutionären Projekten eher der Hauch von Diktatur als der von Emanzipation und Freiheit anhaftet – das würde ich wirklich gerne wissen...
 - Die Versorgungslage für die Bevölkerungsmehrheit ist in sozialistisch geführten Staaten des Globalen Südens nicht deutlich besser geworden. Wäre das anders, so wäre das ein zentrales Motiv für in Armut lebende Bevölkerungen, sich in dieser Richtung zu engagieren. In China und Vietnam verbessert sich die Versorgungslage eklatant, seit dort kapitalistische Mechanismen eingeführt wurden.
3. Migrationsbewegungen gingen/gehen eher weg aus sozialistischen Staaten als dorthin. Dies gilt selbst dann, wenn im kapitalistisch geprägten Nachbarland schlechtere Lebensbedingungen bestehen (Bsp. Haiti – Kuba).
4. Nicht wenige Staaten des Globalen Südens haben ihre Chancen im Welt-Kapitalismus erfolgreich zu nutzen gewusst. So dient meiner Erfahrung nach Taiwan den meisten Menschen in Mittelamerika heute eher als Modell einer gelungenen Entwicklung als Kuba.
5. Die Attraktivität des westlichen Gesellschaftsmodells ist für viele Menschen weltweit ein Fakt, auch wenn die dahinter liegende Wirklichkeit vielleicht gar nicht so toll ist: Alle wollen dorthin! Migration macht derzeit mehr Hoffnung als Revolution. Der Anteil der im Ausland lebenden Staatsangehörigen an der Bevölkerung in den Staaten Mittelamerikas hat in den letzten 30 Jahren stetig zugenommen und liegt heute zwischen 7,5 und 25 Prozent. In vielen Staaten machen die Rück-Überweisungen der Migrierten einen bedeutenden Teil des Inlandsprodukts aus.¹
6. Die von uns skandalisierte neoliberale Weltmarkt-Einbindung führt meistens doch zu relativer Verbesserung des Lebensstandards auch für

1 <https://ourworldindata.org/migration>, letzter Aufruf: 19.4.2024.

die unteren Schichten, selbst wenn die Schere zwischen Arm und Reich sich dadurch weiter öffnet und die sozialen und ökologischen Kosten hoch sind (Beispiel NAFTA-Beitritt Mexikos²).

7. Auch wenn das imperiale Machtverhältnis Nord-Süd real noch weitaus wirksamer ist als es Linken lieb sein kann, ist der Begriff Antiimperialismus als Ausgangspunkt eines linken politischen Handelns nicht mehr zu rehabilitieren – spätestens seit China und Russland ihn für ihre eigenen imperialen Interessen nutzen.³ Dabei gibt es zahlreiche Kämpfe, die durchaus als antiimperialistisch gelesen werden könnten: von der Forderung nach Reparationen für koloniale Völkermorde bis hin zu Initiativen für Lieferkettengesetze, die ja nichts weniger fordern als die Einhaltung der Menschenrechte für alle an der Produktion von Weltmarktgütern Beteiligten.⁴

Außerhalb von Rojava und Chiapas steht die Schaffung einer autonomen, nicht-kapitalistischen Gesellschaft anscheinend ganz weit hinten auf der Agenda. Es braucht nicht betont zu werden, dass die Perspektive linker Bewegungen im Globalen Süden und eine gewisse Empathie für deren Entscheidungen zentral sein sollten für die Überlegungen solidarischer Menschen im Globalen Norden. Über die Falle, die Menschen dort zur Projektionsfläche der eigenen Vorstellungen zu machen, ist viel geschrieben worden. Ich halte es für wertvoll, sich die Frage zu stellen, warum es für junge Menschen im Globalen Süden heute keine Option mehr darstellt, ihr Leben in einer revolutionären Guerilla-Bewegung aufs Spiel zu setzen – eher aber bei der Migration.

Indessen hat sich eine Kultur weltweit vernetzter Ein-Punkt-Bewegungen entwickelt. Diesen liegt möglicherweise eine kapitalismuskritische Haltung zugrunde, ihre Ziele aber beziehen sich auf das Hier und Jetzt: Migration, Klima, kleinbäuerliche Landwirtschaft, indigene Rechte, Arbeiter*innenorganisation, Recht auf Stadt, Genderkämpfe, sexuelle Diversität,

2 Seit dem Start des von den Zapatistas scharf kritisierten nordamerikanischen Freihandelsabkommens 1994 entwickelte sich der HDI ebenso wie der ungleichheitsbereinigte sog. IHDI des Staates nahezu kontinuierlich positiv (<https://ourworldindata.org/human-development-index>, letzter Aufruf: 19.4.2024).

3 <https://jungle.world/artikel/2023/21/putins-regressiver-kampf-gegen-die-goldene-milliarde>, letzter Aufruf: 19.4.2024: Um die Staaten bspw. Afrikas für sich einzunehmen, bedient sich die russische Außenpolitik einer Rhetorik, die den „dekadenten Westen“ beschuldigt, sich die Ressourcen der Welt auf deren Kosten anzueignen. Zwischen den geopolitischen Interessen der NATO-Staaten und denen Russlands besteht aber kein qualitativer Unterschied.

4 <https://www.akweb.de/bewegung/metamorphose-des-imperialismus-teil-3/>, letzter Aufruf: 19.4.2024.

der Widerstand gegen Megaprojekte und vieles mehr. Internationale, wenn nicht gar internationalistische Vernetzung erhöht in jedem Falle deren Wirksamkeit.

Hier wurden und werden bedeutende Erfolge erzielt, besonders dann, wenn die Kapitalismus-Frage *nicht* im Vordergrund steht. So werden graduelle Fortschritte beim Lieferkettengesetz die Arbeitsbedingungen der Näher*innen in Bangladesch wahrscheinlich eher verbessern als der Support einer dortigen revolutionären Bewegung.

Ausgangspunkt und Klammer dieser internationalistischen Vernetzungen ist nicht notwendigerweise das Nord-Süd-Verhältnis. Auch die Frage, ob sich diese Ein-Punkt-Bewegungen jeweils als antikapitalistisch verstehen, ist letztlich nicht ausschlaggebend (es kann aber viel helfen, um die Welt besser zu verstehen). Sie arbeiten an der Lösung konkreter Probleme.

Wir können dies beklagen oder ignorieren. Wir können aber auch überlegen, welche Konsequenzen daraus zu ziehen sind.

Veränderungen der weltweiten Machtverhältnisse

Die linke Analyse weltweiter Machtverhältnisse, mit der ich sozialisiert wurde, ließe sich vielleicht so beschreiben: Der reiche, mächtige Globale Norden dominiert den armen, ausgebeuteten Globalen Süden. Er bestimmt die Regeln weltweit, notfalls gewalttätig. Den Bevölkerungen des Südens kommt die Rolle der Lieferantinnen von billigen Rohstoffen und billiger Arbeitskraft zu. Sie tragen auch die ökologischen Kosten einer ungehemmten kapitalistischen Produktion.

In dieser Analyse zeigen sich zahlreiche Brüche:

1. Von einem einheitlichen „Trikont“, den ehemaligen Kolonien der Mächte des Globalen Nordens, kann heute keine Rede mehr sein. Die Differenz im Bruttoinlandsprodukt pro Kopf der Staaten Asiens zu dem der OECD-Staaten verringert sich tendenziell. Bei den Staaten Lateinamerikas bleibt sie konstant, bei denen Afrikas vergrößert sie sich. Trotz vergleichbarer Voraussetzungen in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts entwickelten sich die Verhältnisse im damaligen Trikont bis heute völlig unterschiedlich.
2. Der Weltmarkt hat den Staaten des Globalen Südens Chancen im Sinne des im Neoliberalismus zu neuen Ehren gekommenen Modells komparativer Kostenvorteile nach David Ricardo geboten, und diese werden oftmals erfolgreich genutzt. Der größte Fleischkonzern der Welt hat seinen

Hauptsitz in Brasilien, der zweitgrößte Zementkonzern in Mexiko. Der ehemalige „Dritte-Welt“-Staat China konkurriert heute mit den USA um die weltweite Vormachtstellung auf den verschiedensten Ebenen. Die Atommacht Indien ist gleichzeitig eine IT-Supermacht. Es sieht derzeit – besonders in Asien – nicht so aus, als ob die „imperialistischen“ Staaten des Globalen Nordens die des Globalen Südens in ihrer Position als abhängige Rohstofflieferanten halten können.

3. Die Macht der Staaten des Globalen Nordens über ihre ehemaligen Kolonien bröckelt. Die souveräne Arroganz, mit der EU und USA über die Institutionen IWF, Weltbank und WTO der Welt ihre eigennützigen neoliberalen Spielregeln diktieren konnten, ist Geschichte. Freihandelsabkommen, die zu früheren Zeiten vom Globalen Norden oktroyiert werden konnten, werden nun auf Augenhöhe verhandelt oder gar abgesagt. Mit China bietet sich vielen Staaten ein alternativer Handelspartner. Mit den BRICS-Staaten (Brasilien, Russland, Indien, China, Südafrika) formiert sich für viele die Hoffnung auf einen nicht NATO-dominierten geopolitischen Pol. Nichtsdestoweniger hält der Siegeszug des Kapitalismus weltweit an – selbst in nominell sozialistischen Parteidiktaturen.
4. Die in der internationalistischen Linken verbreitete Auffassung, der weltweite Kapitalismus und seine politischen Agenturen, die Regierungen des Globalen Nordens, seien alleinige Verursacher allen Übels, wird brüchig. Akteure wie die Taliban, Putin, Erdogan, Xin Ping, Milosevic, das iranische Mullah- und das syrische Assad-Regime oder Daniel Ortega agieren in Opposition zu den NATO-treuen Mächten, sind aber in vielerlei Hinsicht noch problematischer. Dies drängt die Linke vielfach in Sprach- und damit Bedeutungslosigkeit.
5. Das, was wir als imperiales Machtverhältnis kennen, ist zweifellos weiterhin wirkmächtig. Imperiale Akteure sind aber nicht mehr allein die NATO-Staaten.⁵ Daher kann sich anti-imperialer Widerstand auch gegen Nicht-NATO-Staaten richten.
6. Mit der Tendenz zur Multipolarität der aktuellen Weltordnung geht eine Aufrüstung der Grenzen um die reichen Staaten einher. Die Mauern um die Zitadellen des Wohlstands stehen symbolisch für eine *Verschärfung* der Trennung der Welt in Reich und Arm. Dies findet wohl bemerkt auch bspw. in Südafrika statt.⁶

5 In AK Ausgabe 663 bietet Paul Dziedzic einen Überblick über die Staaten, die aktuell imperiale Projekte betreiben: <https://www.akweb.de/bewegung/metamorphose-des-imperialismus/>, letzter Aufruf: 19.4.2024.

6 Rita Schäfer in *PERIPHERIE*, Nr. 156 über das südafrikanische Grenzregime: <https://www.budrich-journals.de/index.php/peripherie/article/download/34710/29697>, letzter Aufruf: 19.4.2024 (<https://doi.org/10.3224/peripherie.v39i3.05>).

Welche Probleme sollen gelöst werden?

Wenn internationalistische Linke den Kampf für ein anderes Gesellschaftssystem vorschlagen, ist das sicher kein Selbstzweck. Wir sollten uns im Klaren darüber sein, welche Probleme wir damit lösen wollen. Allerdings haben wir uns an ein katastrophisches Lebensgefühl gewöhnt und postulieren häufig, dass bestimmte Bedrohungen und Probleme nur durch die Überwindung des Systems zu bewältigen sind. Das sollte von Zeit zu Zeit „ergebnisoffen“ überprüft werden. Folgende Aspekte kommen mir in den Sinn:

1. Ein zentrales Problem dieser Welt ist nach wie vor der Hunger. Für das kapitalistische System typisch ist, dass es sich aktuell nicht um ein Produktionsproblem, sondern ein Verteilungsproblem handelt – das System erweist sich als untauglich zu dessen Lösung. Es muss dabei berücksichtigt werden, dass sich die absolute Zahl der Hungernden weltweit trotz wachsender Weltbevölkerung tendenziell verringerte – bis zum Aufkommen der Corona-Pandemie und dem Beginn des Ukraine-Kriegs.⁷ Wie sich das weiterhin entwickeln wird, ist angesichts von absehbar zunehmenden Klimawandel-Folgen offen.
2. Der *Human Development Index* (HDI) wurde entworfen als Alternative zum Bruttoinlandsprodukt pro Kopf und bezieht außer dem Pro-Kopf-Einkommen die Lebenserwartung und die Schulbildung ein (nicht aber die Umweltbelastung!). Seine Werte verbessern sich weltweit überall nahezu kontinuierlich, außer während der Pandemie und in Kriegsgebieten.⁸ Dies gilt ebenfalls für den im Jahr 2010 eingeführten ungleichheitsbereinigten *Inequality-adjusted HDI* (IHDI). Die Armen werden also nicht ärmer. Sie werden weniger arm (während der Reichtum sich in schwindelerregende Höhen steigert).
3. Die bestehenden Systeme waren durch gestiegenes Bewusstsein, soziale Bewegungen und staatliche Interventionen (Ozonloch, Waldsterben, Verschmutzung von Gewässern, Luftbelastung, Recycling, Schutzgebiete und in Deutschland: die Atomkraft) erfolgreich bei der Eindämmung zahlreicher Umweltprobleme.
4. Die Klimaerwärmung ist eine Herausforderung, bei der jedoch die Untauglichkeit des bestehenden Systems erdrückend zutage tritt: Die Machtfülle partikularer Konzerninteressen, der Zwang zum Wachstum

7 https://de.wikipedia.org/wiki/Welthunger#/media/Datei:Anzahl_der_Hungernden_weltweit_ab_2000.svg, letzter Aufruf: 19.4.2024.

8 https://de.wikipedia.org/wiki/Index_der_menschlichen_Entwicklung, letzter Aufruf: 19.4.2024.

und die „imperiale Lebensweise“ stehen einer lebenswerten Zukunft für alle im Wege. Die Lösungsansätze, zu denen das bestehende System in der Lage ist, erweisen sich als inadäquat. In wieweit andererseits die Forderung „*system change* statt *climate change*“ den Kampf gegen die Klimaerwärmung erleichtert, sei dahingestellt.

5. Weltweit vollziehen sich gesellschaftliche Fortschritte bezüglich der Überwindung von Ausgrenzungsmechanismen wie Sexismus, Rassismus, Homophobie und anderen in erster Linie als Ergebnis der Kämpfe weltweiter sozialer Bewegungen der letzten Jahrzehnte. Diese Veränderungen konnten durchaus im bestehenden System erzielt werden.
6. Grenzregime: Auch wenn sich die weltweite Nord-Süd-Dichotomie auflöst, die gewaltsame Durchsetzung der Trennung zwischen armen und reichen Territorien verschärft sich. Die Aufteilung der Welt in Gebiete des Zentrums und der Peripherie scheint dem weltweiten Kapitalismus eingeschrieben zu sein. Eine Überwindung der tödlichen Grenzregime hat offensichtlich eine Überwindung des Kapitalismus zur Voraussetzung.
7. Im neoliberalen Kapitalismus verlagert sich die Macht tendenziell von den Staaten zu den Konzernen, deren Konzentration weiter zunimmt und die immer größere Bereiche des Lebens weltweit kontrollieren, etwa durch Digitalisierung, Privatisierungen und die Aufblähung der Finanzmärkte. Die Ökonomie der Welt verlagert sich in diesem Sinne hin zu *weniger* Gestaltungsmacht für staatliche Politik, geschweige denn für die Bevölkerungen. Es bleibt für mich offen, ob es im Einflussbereich systemimmanenter gesellschaftlicher Organisation liegt, dem Einhalt zu gebieten. Der politische Durchmarsch des Neoliberalismus in den 1990er Jahren scheint zumindest sein Ende gefunden zu haben.

Welche Probleme priorisiert werden und welche Lösungsstrategien zum Einsatz kommen, entscheiden letztlich die Protagonist*innen der sozialen Bewegungen. Auch bei den Problemen, zu deren Lösung die Überwindung des Kapitalismus zwingend erforderlich scheint, bietet die Verschiebung von Kräfteverhältnissen zuungunsten der Konzerninteressen Spielraum für praktische Erfolge.⁹

Es bringt wenig Sinn, darauf zu warten, dass der Umsturz von der Peripherie ausgeht. Noch weniger Anhaltspunkte sehe ich dafür, dass er in der Metropole erkämpft wird. Aber Bewegung gibt es überall, und ohne sie wäre das Antlitz der Welt ein völlig anderes.

9 Ein Aktivist von Ende Gelände: „Es ist sinnvoll, um jedes Zehntelgrad zu kämpfen.“

Die Zukunft des Internationalismus

Das Bewusstsein, gleichberechtigte Bewohner*innen desselben Planeten zu sein, ist der Ausgangspunkt allen Links-Seins. Internationalismus, oder eher Globalismus, als Einstellung und als Praxis in allen Bereichen von Politik zu verankern, halte ich – auch vor dem Hintergrund der Re-Nationalisierung von Politik weltweit – für eine zentrale linke Aufgabe.

Dies kann nur eine Bewegung leisten. Eine Partei ist nämlich den Interessen einer nationalen Wähler*innenschaft verpflichtet.

Eine Hierarchisierung in gute antikapitalistische und schlechte reformistische Bewegungen erscheint mir aufgrund der vorausgegangenen Überlegungen obsolet. Interessant ist, ob sie im Sinne der konkret anstehenden Probleme zu Lösungen beitragen können, auch wenn es sich dabei nur um eine Verschiebung von Kräfteverhältnissen handeln sollte. Letztlich geht es bei jedem politischen Kampf um genau dies: die Verschiebung von Kräfteverhältnissen; nichts anderes bewirken auch Revolutionen.

Solange sich auf der Welt Bewegungen auf den Weg machen, Systemalternativen zu erkämpfen, wie in Chiapas und Rojava, halte ich deren Unterstützung durch Solidaritätsarbeit für geradezu verpflichtend. Die Strahlkraft dieser beiden sehr verschiedenen widerständigen und zukunftsweisenden Projekte weltweit ist enorm. Obsolet scheint es mir dagegen zu sein, sie zur Blaupause für den Rest der Welt zu (v)erklären. In den meisten Staaten Lateinamerikas finden derzeit Auf- und Umbrüche statt. Jeder sieht anders aus.

Das Skandalisieren imperialer Praktiken in den Metropolen bleibt eine undankbare, aber notwendige Aufgabe. Ein Verengen der Perspektive auf den Fokus „Nord-Süd“ wird aber den Aufgaben und Möglichkeiten internationalistischer Organisation nicht gerecht.

In einem Punkt bin ich mir sicher: Um dem methodologischen Nationalismus der herrschenden Politik und des herrschenden Denkens etwas entgegenzusetzen zu können, bleibt es eine entscheidend wichtige Perspektive, nicht nur inter-nationalistisch, sondern *radikal global* zu denken und zu handeln.

Anschrift des Autors:

Andrés Schmidt

alexape@gmx.net